

**Kreis Karlsruhe.** Unmittelbar nach seiner Wiederwahl und kurz vor seiner Neuverpflichtung ist Landrat Christoph Schnaudigel (CDU) Ärger ausgesetzt. Der von ihm mitunterschiedene Brief dreier Landräte an den Ministerpräsidenten in Sachen Asyl und die Antwort aus Stuttgart wird von den Kreistagsfraktionen unterschiedlich bewertet. Die Landräte forderten den Ministerpräsidenten auf, die Zusagen des Flüchtlingsgipfels sofort umzusetzen.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende im Kreistag, Ulli Hockenberger (Bruchsal), unterstützt das Vorgehen des Landrats. Es dürfe keinen Zweifel daran geben, dass „Behörden und Bevölkerung unseres Landes das gemeinsame Ziel eint, den Menschen, die vor Krieg, Bürgerkrieg und politischer Verfolgung zu uns fliehen, Zuflucht und eine angemessene Unterbringung zu gewährleisten“. Diesen Satz Schnaudigels unterstreicht Hockenberger in

seinem Brief an den Landrat. Damit das allerdings so bleibe, müsse es auch möglich sein, „Abläufe und Entwicklungen anzusprechen, die aufgrund der bloßen Zahlen nicht mehr ausreichend geeignet sind, um genau dieses Ziel friktionsfrei zu erreichen.“ Unerklärlich ist für Hockenberger „die heftige Reaktion“ aus Stuttgart. „Wenn dies nun schlicht auf Ihre Parteizugehörigkeit reduziert wird, ist das bedauerlich und falsch. Das zeigt allerdings, dass man zwischenzeitlich wohl unterschiedliche Wahrnehmungen von den Tatsachen und der Lebenswirklichkeit hat und dies weder vernünftig noch sachdienlich ist. Ihre Forderungen an die Landesregierung sind nicht Wahlkampf, sondern Wahrheit.“

Heftige Kritik muss sich der Landrat indes vom SPD-Fraktionsvorsitzenden im Kreistag, Markus Rupp (Gondelsheim); anhören. Schnaudigel sei „lange genug im Geschäft, um zu wissen, dass der offene Brief gen Stuttgart das The-

---

### Unterstützung kommt von CDU und Freien Wählern

---

ma Asyl dahin setzte, wo wir es im Kreistag bisher nicht haben wollten: auf die parteipolitische Schiene.“ Überrascht zeigte sich Rupp davon, dass „der Landrat entgegen seinen sonstigen Gepflogenheiten den Brief weder mit den Fraktionsvorsitzenden,

zumindest nicht mit mir, noch mit dem Ältestenrat abgestimmt hatte“. Die Antwort der Landesregierung sei nachvollziehbar gewesen, so Rupp, zumal gerade auch die Spitze des Landkreistags die Ergebnisse des Flüchtlingsgipfels noch positiv kommentiert hatte. „Für meine Fraktion und mich gilt der Grundsatz: Asyl taugt nicht für parteipolitische Scharmützel. Unserer humanitären Verantwortung können wir nur im Zusammenspiel von Bund, Land und Kommunen gerecht werden. Insofern war der offene Brief aus Sicht der SPD-Fraktion kontraproduktiv und unnötig.“

Wieder anders sehen die Freien Wähler das Ganze. Fraktionsvorsitzender Eberhard Roth (Sulzfeld): „Wir halten

es für kontraproduktiv, das Schreiben der Landräte als Wahlkampfthema zu bezeichnen und damit gleichzeitig die Augen vor den tatsächlichen Problemen und Sorgen der Gemeinden, der Städte und der Bevölkerung zu verschließen.“ Die Freien Wähler teilen die Meinung des Landrats, wonach die Grenze des Machbaren und die Leistungsfähigkeit der kommunalen Ebene bezüglich Unterbringung und Integration der Asylbewerber erreicht beziehungsweise teilweise überschritten werde. Roth betont in seinem Schreiben insbesondere, dass durch die Anschlussunterbringung bei Städten und Gemeinden verstärkt Probleme entstehen werden. Es sei deshalb dringend geboten, weniger Parteipolitik zu betreiben, sondern gemeinsam an der Lösung der schwierigen Probleme zu arbeiten.

Von der Kreistagsfraktion der Grünen war gestern keine offizielle Stellungnahme zu erhalten. Matthias Kuld

BVN  
18.8.15

# Offener Brief mit Nachwirkungen

## Thema Asyl: SPD nennt Schreiben des Landrats „kontraproduktiv und unnötig“